

Erzähler vom Westerwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölter in Hachenburg

Nr. 13

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pf. mit Bringerlohn; durch die
Post 2.25 M. bezogen 75 Pf. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weggelassen.

Hachenburg, Donnerstag den 17. Januar 1918.

Anzeigenpreis (zählbar im voraus):
die sechsbeiläufige Zeile über dem
Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

15. Januar. An der Westfront: Artilleriekämpfe. — Stark
Angriffe der Italiener gegen die Österreichisch-ungarischen
Gebirgstruppen. — Zwischen Vercelli und Biella leb-
hafte Feuerkämpfe.

Nach dem Sturm.

Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Be-
weiskämpfe dieser Tage im Mittelpunkt aller politischen
Lebens mit einem dramatischen Donnerstags-
abend würden, der wird sich jetzt angenehm er-
stutzen. Das Haupt des Staatssekretärs v. Kühlmann
war das mindeste, was von der einen Seite als Sub-
stitut für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk ge-
fordert wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hinden-
burgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite
schon ganz ernsthaft zur Erwägung gestellt, während eine
Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. Valen-
tini begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Stabskabinetts.
Aber all das ist nichts geworden. Herr v. Kühlmann bleibt
als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk.
Dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu er-
kranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und
General Ludendorff selbst ebenso selbstsicher und sieges-
gewiß, wie er gewesen, ins Große Hauptquartier zurück,
um dort neue Waffentaten schmieden zu helfen. Es hat
lediglich in Berlin eine „vertrauensvolle Aussprache“
zwischen dem Grafen Hertling und unseren Heerführern
stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da
keine sachlichen Streitpunkte vorlagen, bedurfte es zu ihrer
Entscheidung auch keines Kronrats. Doch nebenbei auch der
Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aus-
sprache fortgesetzt befaßt wurde und daß auch der
Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, verleiht den
Ereignissen unweifelhaft eine erhöhte Bedeutung, kann
aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Mit-
teilnahme bestimmen. Genug, daß die leitenden Persön-
lichkeiten sich miteinander verständigt haben, daß keine
sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorlagen und daß
nachher keine äußerlich sichtbaren Veränderungen einge-
treten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlich-
keit sich einstweilen zufriedengehen und, was wohl die
Hauptfrage ist, nimmere den Fortgang der Verhandlungen
in Brest-Litowsk abwarten. „Vertrauensvoll“ abwarten,
nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr soeben
gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben.
Aber sie braucht sich auch nicht mit der Kost aus der Brech-
sche der Reichskanzlei zu begnügen. „Ausgleich“ lautet die
Forderung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser
entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben
wird, eine „Demarcatationslinie“ zwischen der militärischen
und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und
festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederkehr von
Reibungen unmöglich mache. Klare Grundlinien für die
Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach
Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendig-
keiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles
auf beste gestellt, und es bleibe nur noch übrig, daß unsere
Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser
Tage halten, dann würden uns neue Krisengerüchte mit-
tamt dem ungelunden Zustand unruhiger Erregung, der
mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für
die Zukunft erloschen bleiben. So einfach, wie unfundige
Leute sich das zuweilen vorstellen, liegen die Dinge natür-
lich nicht; daß die Militärs nur über militärische und die
verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen
gehort werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide
Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich
wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um
seine Sicherheit und sein Fortleben nach Seiten schwerster
Betrachtungen handelt, wird sich das sachverständige Urteil
einer obersten Führung am wenigsten fein säuberlich nach
der einen oder nach der anderen Seite hin trennen lassen.
Unter besonderer Stolz sind auch hier die ganzen
Männer gewesen, die der Himmel uns geschenkt hat und
die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen.
Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie
s. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung
des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Kriegs- und
Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus
dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit
den schon bisher gebrachten Opfern erreichen ließen.
Und umgekehrt kann auch die politische Führung mili-
tärische Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung
schädliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das
Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich
schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns
liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich
dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in
Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling,
wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift,
Mittel und Wege, um auch die ärgsten Zweifler einiger-
maßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts

Weniger tun, als auch unsererseits den höchsten Beratern
der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Tatbeweis, daß wir als die Sieger mit unseren
Feinden zu unterhandeln gedenken, wird inwischen in
Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoff-
mann, dessen kraftvolle Belehrungen über guten Ver-
handlungston und über die Notwendigkeit, die dem Ver-
tragen stemen, die Herren Trost und Genossen sich gewiß
nicht hinter den Spiegel setzen werden. Auch Staats-
sekretär v. Kühlmann zeigte in den letzten Sitzungen
eine bemerkenswerte Festigkeit in der Führung. Er
wies die Gegenpartei wiederholt in die Enge
zu treiben und hatte schließlich den Mut, die
Verhandlungen in dem Augenblick abzubrechen, als ihre
Fortführung zunächst nutzlos gewesen war. So wird sich
bald herausstellen müssen, ob v. Petersburger einen
Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob
sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevollmächtigten wie
die Rache mit der Maus spielen zu können. Wir haben
keine Ziele im Osten, und die müssen erreicht werden,
sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich
können auch die Russen haben, aber er muß schon die
Berliner Bräutigam tragen, nicht die Karte der Magi-
nisten, die vielleicht morgen wieder anderen Leuten
Was machen müssen. Berlin und Brest-Litowsk — hier
wird sich die Dauerhaftigkeit der neuen Abmachungen
unserer führenden Männer zu allererst zu erweisen haben.

Aber die unnötige Beunruhigung

der letzten Tage wird uns von besonderer Seite noch ge-
schrieben:

In den letzten Tagen trug ein Teil der Presse eine
nervöse Erregung zur Schau, zu der eine wirkliche Veran-
lassung nirgends erkennbar ist. Sicherlich hat es nichts
Aufschießendes an sich, wenn in Zeiten wichtiger Ent-
scheidungen sich die Spitzen der an ihnen beteiligten
obersten Amtsstellen in der Reichshauptstadt einfinden, um
mit dem Kaiser und untereinander persönliche Rührung zu
nehmen. Wie schon früher bei ähnlichen Anlässen wurde
sofort das Gerücht in Umlauf gesetzt, es werde ein
Kronrat einberufen werden. Regelmäßig wird damit
die Vermutung verknüpft, daß es sich um das Be-
stehen eines krisenhaften Zustandes handle, zu dessen
Schlichtung ein Kronrat erforderlich sei. Auch
dieses Mal fehlte nicht die Häufung der Namen aller mög-
lichen Persönlichkeiten, durch die der Eindruck einer großen
Krisis erweckt werden sollte. Was den Kronrat anlangt,
so ist festzustellen, daß weder am Sonntag noch am Mon-
tag ein solcher stattgefunden hat. Wohl hat der Kaiser
Besprechungen abgehalten und Vorträge entgegengenommen.
In der Öffentlichkeit ist es zwar weniger hervorgetreten,
gleichwohl aber Tatsache, daß der Reichskanzler in letzter
Zeit dem Kaiser fast täglich Vorträge gehalten hat. Von
einer Krisis kann nicht die Rede sein. Es liegt jeder An-
lass vor, zu glauben, daß zwischen den maßgebenden Stellen
abweichende Meinungen von solcher Tragweite, die nach
einem Ausgleich durch den Kronrat verlangte, nicht vor-
handen sind. Das dürfte die abgeklärten vertrauens-
vollen Aussprachen erneut ergeben haben.

Die weber nach Inhalt noch nach Form berechnete
Ausschlachtung der wirklichen Vorgänge ist wahrlich nicht
dazu angetan, die große Sache, an der uns allen gelegen
sein muß, nach innen oder gar nach außen zu fördern.
Jeder Schein eines schweren inneren Zwiespalts wirkt auf
unsere Gegner ermutigend und trägt somit nach der einen
Seite zur Verlängerung des Krieges, nach der anderen,
wo sich begründete Aussichten auf eine endgültige Ein-
stellung der Feindseligkeiten eröffnen hatten, zur Verstärkung
des Widerstandes gegen noch so berechnete Forderungen.
Bei den neuesten Berichten aus Brest-Litowsk lassen sich
leicht erkennen, wie verfehlt es wäre, die zu überwindenden
Schwierigkeiten zu unterschätzen. Es verleiht sich
der Eindruck, daß die Russen es dort auf eine Ver-
schleppung der Verhandlungen anlegen. Sollte der weitere
Gang der Dinge diesen Eindruck bestätigen, so würden sie
allerdings die Erfahrung machen, daß sie sich einer
Täuschung hingeben. Auf sachliche Verhandlungen und
einen sachlichen Abschluß kommt es an. Die Bereitwillig-
keit dazu hat Deutschland offen kundgegeben, auf Ver-
schleppungsmanöver sich einzulassen, hat es aber weder
Ursache noch Neigung. In den jetzt im Osten hervor-
tretenden Erscheinungen ist indessen eine abnormale
Warnung an die deutsche Heimat enthalten, alles zu ver-
meiden, was unseren Gegnern den Rücken steifen könnte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Hinsichtlich des polnischen Religionsunterrichts in
der Provinz Posen hat der preussische Kultusminister
erneut angeordnet, daß da, wo bisher in Volksschulen der
Provinz Posen den mit der polnischen Sprache wachenden
Kindern der Unterstufe des Religionsunterrichts in deutscher
Sprache erteilt wurde, für diese Kinder Religionsunterricht
in polnischer Sprache einzuführen sei. Es soll zunächst
dafür gesorgt werden, daß von Ostern 1918 ab der Re-

ligionsunterricht auf der Unterstufe der Volksschulen für
die Kinder polnischer Muttersprache, die ohne ausreichende
Kenntnis der deutschen Sprache in die Schulen eingetreten
sind, bzw. eintreten, in polnischer Sprache erteilt werden
kann. — In der Provinz Posen empfangen nach einer
Zurückführung der Nordd. Allgem. Ztg. die nur polnisch
sprechenden Kinder der Unterstufe diesen Unterricht schon
seit in 87% aller katholischen und protestantischen Schulen
in ihrer Muttersprache.

+ Der Geburtstag des Kaisers soll einem Wunsch
des Monarchen entsprechend, auch in diesem Jahre nur
durch ernste Feiern und Zusammenkünfte — wie in den
Schulen und beim sonntäglichen Gottesdienste in den
Kirchen — begangen und von lauten festlichen Veranstal-
tungen künstlich Abstand genommen werden. Auch ver-
anlassen die Nachrichten auf den stark belasteten postalischen
Verkehr im Felde den Kaiser zu der Bitte, von der Über-
mittlung von Glückwünschen abzusehen und sich auf ein
freundliches Gedenken und auf treue Fürbitte zu be-
schränken.

+ Im Hauptauschuß des Reichstages wurde über die
Gefangenbehandlung in Frankreich verhandelt. Die
Behandlung ist in höchstem Grade unwürdig und steht
weit hinter derjenigen in England und Frankreich zurück.
General Friedrich fordert scharfe Repressalien an, da
Frankreich sich in jeder Weise unzugänglich erweist und
jede Besserung, wie sie in den anderen Ländern erzielt
wurde, hartnäckig und verbissen ablehnt.

+ Die Verbandspresse wußte in den letzten Tagen ein
langes und breites zu erzählen von den Verhaftungen
mehrerer hundert Mitglieder der unabhängigen sozial-
demokratischen Partei. Die Wahrheit ist, daß am
11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam er-
scheinenden radikal-sozialistischen Wochenzeitschrift „Der Kampf“,
Karl Kinsler, auf deutschem Boden von der deutschen
Grenzpolizei in der Nähe von Nesselstein festgenommen
worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen
Grenzfluß (Wurm) überschritten hatte. Kinsler ist drin-
gend verdächtig, mit dem englischen Nachrichtendienst, ins-
besondere dem Bureau Einsel in Rotterdam, in Ver-
bindung zu stehen und für diesen durch Mittelpersonen
in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage
getrieben zu haben. Mit ihm sind vier Personen ver-
haftet worden, die ihm Gelderleihe leisteten.

Osterreich-Ungarn.

* Ungarischen Blättern zufolge soll der Rücktritt des
ungarischen Kabinetts unmittelbar bevorstehen, weil
Ministerpräsident Bekerle die Zustimmung zu seinem
Wahlprogramm nicht erhalten konnte. Es heißt, der
König werde Bekerle erneut mit der Kabinettsbildung be-
trauen, und Bekerle werde eine Umbildung der Regierung
vornehmen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Jan. Der „Bund der Beamten der preussisch-
heftischen Staats- und der Reichseisenbahnen“ ist hier ins
Leben gerufen worden.

Treßden, 15. Jan. In der Eröffnungssitzung der Zweiten
Kammer betonte Präsident Vogel, daß die Einmütigkeit
des deutschen Volkes das Gebot der Stunde sei.

Amsterdam, 15. Jan. Gestern kam es hier zu Kund-
gebungen wegen der mangelhaften Lebensmittellieferun-
gen. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

Rotterdam, 15. Jan. Der ehemalige Minister für Indien
Lord Cromer soll Vizekonsul in Paris werden.

Stockholm, 15. Jan. Die neue finnische Regierung er-
klärte, sie werde die Åland-Inseln an Schweden zurück-
geben.

Bern, 15. Jan. Die allgemeine Ratkonferenz in der
Schweiz schreitet fort. Die Gründung eines Zollamtes steht
bevor. Auch von der Einführung einer Reichsliste wird ge-
sprochen.

Das Frauenwahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus.

(107. Sitzung.)

RA. Berlin, 15. Januar.

Nach reichlich bemessenen Weihnachtsferien hat das Ab-
geordnetenhaus heute seine Verhandlungen wieder aufge-
nommen. Die Bänke weisen große Lücken auf, und die Mit-
glieder des Hauses bringen der Tagesordnung nur wenig
Interesse entgegen, unterhalten sich vielmehr schon lange vor
Beginn der Sitzung sehr angeregt über die bekannten Vor-
gänge der letzten Tage auf dem Gebiete der großen Politik.

Das Stimmengewirr verstimmt erst als Präsident Graf
Schwerin-Loewen dem vor einigen Tagen verstorbenen lang-
jährigen Präsidenten Jordan v. Kröcher einen Nachruf von
besonderer Wärme und Verehrung widmet. Dann tritt das
Haus in die Erledigung seiner Geschäfte ein. Die Anstän-
digung, daß an erster Stelle die vorliegenden Anträge auf

Erweiterung der kommunalen Rechte der Frau

zur Beratung kommen würden, hatte aus dem Kreise der
Berliner Frauenwelt einen großen Andrang zu den Tribünen
veranlaßt. Die Zuhörerinnen wählten sich aber der un-
gewohnten Umgebung nur scheinbar anzuweisen, begleiteten viel-
mehr die Ausführungen der Redner mit lauten Kundgebungen
des Mißfallens oder der Zustimmung.

Die Grundlage der Aussprache bildete ein Antrag des
Ausschusses, der eine Vorlage verlangt, daß die Frauen mit
entsprechender Stimme Mitglieder städtischer Deputationen
werden sollen, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge und

Werkblatt für den 17. Januar.
Sonnenaufgang 8⁴⁰ | Mondaufgang 9⁴⁰ N.
Sonnenuntergang 4¹⁵ | Monduntergang 10⁴⁰ N.
1833 Friedrich König, Erfinder der Buchdruckerpresse, gest.
— 1834 Zoolog August Weismann geb. — 1839 Kaiser Wilhelm
v. Preußen geb.

der Wohlfahrtstrage beizubringen. Das Zentrum will die Frauen auch zu den Schuldeputationen hinzuziehen, während die Fortschrittler ihnen zu allen städtischen Verwaltungsdeputationen den Eintritt ermöglichen wollen. Verbunden wurde die Forderung mit der Behandlung der Witzschriften des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, die sich gegen jede Erweiterung der Frauenrechte auch in der städtischen Verwaltung ausdrücken.

Den konservativen Standpunkt vertrat der Abg. Graef. Trotz aller Bedenken werden wir für die Ausdehnung der Frauen zum Zentrum stimmen. Dagegen lehnt der größere Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Folgerung für das politische Frauenstimmrecht ab. Bei der Zulassung der Frauen zu städtischen Deputationen wäre mindestens das Gemeindevahlrecht die Folge. Gewiß sind die Frauen jetzt in erheblichem Maße auf allen Gebieten tätig, aber die Ausnahme einer Kriegszeit darf nicht zur Regel werden.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) begründet einen Antrag, die Frauen auch mit beschließender Stimme zu den Schulkommissionen zuzulassen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung dahin abzuändern, daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können.

Der Parteipartei Dr. Lewin (Schwiegersohn des verstorbenen Frauenliebings Albert Träger) macht darauf aufmerksam, daß schon 1912 sich der Zentrumsabgeordnete Frimborn im Hause für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ausgesprochen habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Virsch-Berlin tritt für die Erweiterung der Frauenrechte lebhaft ein.

Worte des Wohlwollens spendet der nationalliberale Abgeordnete Riepmann den Vorlagen. Der Vertreter der Freikonservativen Dr. v. Wonna verhält sich reserviert, was gegen sich der zweite konservative Redner, Abgeordneter Heins, in scharfen Worten ablehnend ausdrückt.

Darauf werden die Ausdehnungsanträge angenommen. Das Haus verläßt sich dann auf morgen. Tagesordnung: Einbringung des Etats.

Im Herrenhaus — keine Kanzlerrede.

Berlin, 16. Januar.

Auch das Herrenhaus trat heute zu einer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen und bereitete sogleich den Vielworts, die die Tribünen füllten, eine schwere Entladung.

Es war bekanntgeworden, daß der Reichskanzler sich dem Hause vorstellen werde, und man vermutete, er würde zumindest über die innere Politik, ihre Entwicklung und Zukunft sprechen. Die Sitzung begann. Der Präsident teilte die Tagesordnung mit: Das Wohnungsgesetz, und erteilte dem neuen Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Dieser nahm es auf und — gab es nach wenigen Minuten weiter an die Ressortminister. Graf Hertling stellte sich nämlich in der ihm von S. M. dem Kaiser und König verliehenen Würde vor, empfahl das Wohnungsgesetz dem Wohlwollen des hohen Hauses und schloß nach einigen Sätzen mit dem Bemerkten, daß der Herr Handelsminister über alles Nähere zu berichten berufen und bereit sei.

Als aber der Präsident dem Berichterstatter das Wort erteilte, leerten sich die Bänke, lüfteten sich die Tribünen.

Caillaux verhaftet.

Starke Erregung in Paris.

Genf, 15. Januar.

Die Pariser Blätter melden, ist der ehemalige Ministerpräsident Caillaux gestern verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Kranke verbracht worden.

So ist denn Clemenceaus heißer Wunsch endlich erfüllt worden. Der schlimmste und unveröhnlichste seiner Gegner ist nicht nur aus der Kammer entfernt, sondern auch in der Kritik an der Regierung behindert. Clemenceau mag viel; denn der Verhaftete hat einen großen Anhang und die Unterdrückung gegen ihn hat manchen Zweifel an seiner Schuld — er ist bekanntlich des Einverständnisses mit dem Feinde angeklagt — auch bei denen aufkommen lassen, die seine politischen Gegner sind. Der Eindruck, den die Verhaftung in Paris machte, ist denn auch ungewöhnlich stark. Es herrscht eine Stimmung, wie in den Tagen des Dreyfusprozesses.

Das entscheidende Schriftstück.

Wie die Blätter berichten, gab den letzten Anstoß zur Verhaftung die Auffindung eines Schriftstücks, das Caillaux unter anderem Namen in einer Florentiner Bank besaß. Neben Wertpapieren in beträchtlicher Höhe wurde dort auch ein Schriftstück gefunden, dessen Wichtigkeit nicht gestattete, Caillaux länger auf freiem Fuß zu lassen.

Wer denkt dabei nicht an das geheimnisvolle Dossier, das Dreyfus verhängnisvoll wurde und sich später als Fälschung herausstellte. Caillaux kämpft jetzt um sein Leben.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 16. Jan. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppen Kronprinz Rapprecht und deutscher Kronprinz. Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgesche, südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungstruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Gernabogen erhöhte Gefechtsintensität.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhaftere Feuerkämpfe, mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe

nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen. In dem Piaveabschnitt nördlich von: Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wirkungen des U-Boot-Krieges.

21000 Tonnen versenkt.

Amtlich wird gemeldet: Einem unserer Unterseeboote hat unter schneller Führung des Oberleutnants zur See Lohd leithin im Armeekanal fünf Dampfer und drei Fischereifahrzeuge mit rund 21000 Br.-Reg.-T. versenkt, eine Leistung, die um so anerkennenswerter ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Alle Dampfer, mit Ausnahme eines, waren bewaffnet und tief beladen; es konnten namentlich festgestellt werden der englische bewaffnete Dampfer „Jolanda“ (3081 T.), sowie der bewaffnete englische Tankdampfer „Arca“ (4839 T.), der in geschickter durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Tankdampfergeleit herausgeschossen wurde. Die versenkten Fischdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gratitude“ (B. M. 25), „Baruna“ (B. M. 43) und B. M. 201.

Der Chef des Admiraltäts der Marine.

Englands Frachtraumnot.

Der erste Lord der Admiraltät Sir Foix Welles gab der ersten Versammlung, welche zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Seewerke zur Beratung d. Frage des Seereschiffes stattfand, nach dem „Daily Telegraph“ vom 4. Januar 1918 die Erklärung ab, daß in den letzten sechs Monaten sich die Lage durch die Vorgänge in Rußland völlig geändert habe. Infolgedessen würden in der nächsten Zeit die Hilfsquellen Englands erheblich in Anspruch genommen werden müssen. Zur Erlangung des Sieges sei notwendig: Steigerung des Schiffbaues, Ersparnis von Frachtraum, Aufrechterhaltung der Armeen im Felde. Nach sorgfältigster Bearbeitung durch die Regierung sei man zu der Überzeugung gelangt, daß man die Armeen im Felde nur auf der Höhe erhalten könne, wenn man eine große Zahl von Leuten aus den Munitionsfabriken ausbehe.

Diese Ausführungen zeigen, wie die Frachtraumnot, die die Herüberführung amerikanischer Truppenverbände in großem Maße unmöglich macht, entweder die englische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird um so mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuesten Nachrichten vorzöge, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmittelnot Brotgetreide, Fleisch und Futtermittel, statt der Truppenhilfe von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten.

England fürchtet die Niederlage.

Offenbar aus amtlicher Quelle veröffentlicht das Genfer Bureau der Times im „General“ einen Artikel, der sich mit der Ernennung eines gemeinsamen Generalstabs befaßt und zu dem Schluß kommt: Der Erfolg einer solchen Einrichtung hängt völlig von den Vorteilen ab, die die Heere davontragen, die der Generalstabs befiehlt. Tatsache ist es, daß ein Heer eine Niederlage und alle ihre Folgen ertragen kann, wenn es von seinen eigenen Führern befehligt wird, daß es die Niederlage aber nicht vermeiden kann, wenn ein Führer anderer Nationalität es befehligt.

Kleine Kriegspost.

Genf, 15. Jan. Der Kommandant der Streitkräfte der nationalen Verteidigung, General Sumbakidis, wird zum griechischen Kriegsminister ernannt werden.

Vasel, 15. Jan. Vor der Untersuchungskommission der Vereinigten Staaten erklärte Kriegsminister Baker, der Mangel an Bekleidungsstoffen in den Übungslagern werde bald behoben sein.

London, 15. Jan. Das Unterhaus hat das Gesetz betr. den Mannschaftsbestand einstimmig angenommen.

Schiffsdienst.

(Druck- und Korrespondenz-Mitteilung)

Aus dem Hauptauschuß.

Berlin, 15. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages gab nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich alle Parteien beteiligten, Unterstaatssekretär von dem Reich die Erklärung ab, daß alle unzulässigen Gerüchte über neue Instruktionen, die Herr v. Kühlmann erhalten habe, der sachlichen Unterlage entbehren, und daß der Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen habe, die politische Debatte möge verschoben werden, da sie zurzeit ungewiss wäre. Der Auschuß beschloß in diesem Sinne, so daß eine politische Debatte morgen nicht stattfindet. In Abgeordnetentreffen nimmt man an, daß der Kanzler seine angekündigte Rede am Freitag halten wird.

Schreckensdrama ruffischer Seereschiffe.

Wien, 15. Jan. Zwischen der Brenta und dem Mt. Vertica ging der Italiener nach kurzer, zeitweiser zum Trommelfeuer gesteigerter Artilleriebeschießung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feinde, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsbereich ist die vorderste Kampflinie voll in unsern Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanin rasch zum Stehen gebracht.

Schreckensdrama ruffischer Soldaten.

Kopenhagen, 15. Jan. In Tornea kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Volkseigenen, die die sofortige Abschaffung des Bakswanges zum Überschreiten der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten verletzten die Finnen von der Sollwache und drohten, eine Maschinengewehrkompanie aufzustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den Bakswang aufzuheben. Im Bezirk Nivala kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der schwedisch-finnischen Grenze führen ein wahres Schreckensdrama. Niemand mag sich mehr aus dem Hause, aus Furcht, von den Soldaten überfallen und ausgeplündert zu werden.

Russische Vagabunde in Berlin.

Stockholm, 15. Jan. Wie „Weltkern“ schreibt, teilt der persische Konsul in Kiflis mit, daß die Entfernung der russischen Truppen aus Berlin schneller vor sich gehe, als man zu

hoffen magte. Nach amtlichen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Vagabunde ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet hinüberretten. Ungefähr 12000 Perser haben sich in der mughanischen Steppe angelagert, wo sie die Reis- und Baumwollpflanzungen zerstörten.

Militarisierung der russischen Arbeiter.

Schweizer Grenze, 15. Jan. Dasas meldet aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15% der Arbeiter aller Fabriken in die Armee einreibe und sie mit Maschinengewehren ausüste.

Die maximalistische Seereschiffahrt in Südrußland.

Bern, 15. Jan. Nach der „Brand“ bestehen die maximalistischen Streitkräfte, die in Südrußland gegen die Kolaken kämpfen, aus 30000 Mann, die über drei Panzerzüge und eine zahlreiche Artillerie verfügen sollen. Ein bei Jekaterinoslaw ausgefochtener Kampf soll mit einem Erfolg der Maximalisten über die Ukrainer geendet haben.

Unerwünschte Bundesgenossen.

Russische Grenze, 15. Jan. Krasno ordnete die zwangsweise Entfernung aller Ententeagenten aus der Kriegszone an.

Caillaux' Selbstmordgedanken.

Genf, 15. Jan. Ein Pariser Blatt teilt mit, daß Caillaux heute einen geladenen Revolver bei sich getragen habe, um im Falle seiner Verhaftung Widerstand zu leisten oder sich das Leben zu nehmen. Er habe jedoch von der Waffe nicht Gebrauch machen können, da er in seiner Wohnung überrascht und überwältigt worden sei.

Buchanan auf der Entente-Konferenz.

Osaka, 15. Jan. Es verlautet, daß auf der Ende dieser Woche in Paris zusammen tretenden Konferenz der Entente-Ministerpräsidenten auch Buchanan, der bisherige britische Botschafter in Petersburg, zugegen sein werde.

Frankreich verpfändet Kolonien.

Genf, 15. Jan. Wie jetzt bekannt wird, hat Frankreich für das ihm von den Vereinigten Staaten gewährte Darlehen Franz. Guyana und die Insel Martinique verpfändet. In Washington rechnet man damit, daß die Pfänder nie wieder eingelöst werden werden.

Die Kriegsziele der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 15. Jan. Die hier eingetroffenen englischen Zeitungen lassen erkennen, daß Heuter Hendersons Erklärungen über die Kriegsziele der englischen Arbeiter gefällig hat. Henderson sagte u. a., daß seine Partei nicht nur für die kleinen Nationalitäten, das Selbstbestimmungsrecht wünsche, sondern auch für Kapsien und Indien eine schnelle Ausdehnung der Selbstverwaltung erkläre. Unter keinen Umständen werde die Arbeiterpartei Gebietsausdehnungen Großbritanniens zulassen.

Snouden gegen Thomas.

Bern, 15. Jan. Kürzlich hat der frühere französische Arbeiter-Minister Thomas in London erklärt, Elia-Lothringen müßte ohne Befragung der Bevölkerung an Frankreich zurückgegeben werden. Dagegen wendet sich der britische Arbeiterführer Snouden in einer Zuschrift an die „Daily Chronicle“. Er weist auf die Tatsache hin, daß die Bevölkerung Elia-Lothringens überwiegend deutsch ist und immer war, und vertritt, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrzahl des übrigen Englands nicht wünsche, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich instand zu setzen, Elia-Lothringen wiederzugewinnen.

Zusammenarbeit der Allierten-Schiffahrt.

Amsterdam, 15. Jan. Auf Grund der Ergebnisse der Kriegskonferenz der Allierten in Paris hat das amerikanische Schiffahrtsamt beschlossen, in London, Paris und Rom Betretungen zu schaffen und in fast allen bedeutenden atlantischen Häfen Zweigstellen zu errichten. Es soll damit nicht nur die Kontrolle über die amerikanische Handelschiffahrt wirksamer gemacht, sondern auch die vollständige Zusammenarbeit der Allierten-Schiffahrt gesichert werden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 16. Januar.

* Durch das am Dienstag eingetretene Regenwetter sind die gewaltigen Schneemassen, die etwa drei Wochen die Fluren einhüllten, bis auf geringe Reste zum Schmelzen gebracht worden. Die heftigen Niederschläge waren von einem orkanartigen Sturm begleitet, der viel Schaden angerichtet hat. Fernsprech- und Telegraphenleitungen sowie die elektrischen Lichtleitungen hatten vielfache Störungen, die zum Teil erst im Laufe des heutigen Tages beseitigt werden konnten. Die heftige Beschädigung, daß bei plötzlich eintretendem Tauwetter Hochwassergefahr vorliegt, ist nicht unberechtigt gewesen; alle Wasserläufe sind über die Ufer getreten und überspülen weite Flächen. Da die Abzugskanäle noch zugefroren waren, stauten sich die Wassermengen in den Straßen und riefen erhebliche Verkehrsstörungen hervor, was besonders in den niedrig gelegenen Ortschaften empfindlich verspürt wurde. In vielen Häusern drangen die Fluten in die Keller und Ställe, jedoch das Vieh aus letzteren entfernt werden mußte. Die Gefahr weiteren Anstiegs der Wasserläufe ist noch nicht vorüber, da von den Höhen, die mehr Schnee tragen, durch die Schneeschmelze bedeutende Wassermengen zu Tal geführt werden. Flüsse wurden, wie im Jahre 1909, wieder zu reißenden Flüssen, und einige Flüsse haben ihren höchsten Stand noch nicht erreicht. Im Laufe des heutigen Tages ließ der Regen nach und auch der Sturm hat sich gelegt. Da die Temperatur wieder heruntergegangen ist, kann wieder auf kälteres Wetter und Schneefälle gerechnet werden.

Gebhardshain, 15. Jan. Dem Witzfeldweibel Feizmann von Dickendorf, im Zivilberuf Bürgermeister bei der Gewerkschaft Künzelsheim, wurde mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet. Von den Vaterlandsverteidigern aus der Bierbrauerei Gebhardshain ist dies der dritte, der sich das Eiserne Kreuz I. Klasse erwarb.

Berndorf, 15. Jan. Auf Grube Vollbach verunglückte der Bergmann Wilhelm Fasel aus Stein (Westerrh.); er wurde wegen innerer Verletzungen ins St. Elisabeth-Krankenhaus in Kirchen gebracht.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhölzl in Hagenburg.